

SWP-Aktuell

NR. 54 OKTOBER 2026

Irans Nukleardoktrin im Wandel

Von kalkulierter Latenz zu kalkulierter Ambiguität

Azadeh Zamirirad

Israel und die USA haben Iran innerhalb von acht Monaten zweimal militärisch angegriffen. Die Militäroperationen haben das iranische Atomprogramm zwar zurückgeworfen, das Proliferationsrisiko aber nicht beseitigt. Noch immer verfügt die Islamische Republik über das technische Wissen, das Spaltmaterial und die grundlegende Anreicherungskapazität, das Atomprogramm wieder auszuweiten. Derweil ist der Anreiz in Teheran für den Bau von Nuklearwaffen gestiegen. Darauf deutet auch der iranische Diskurs hin, in dem die atomare Bewaffnung von einer randständigen Forderung zu einem breiten politischen Anliegen geworden ist. In ihrer Nukleardoktrin setzt die Islamische Republik nicht länger auf Latenz, sondern gezielt auf Ambiguität. Obwohl das Proliferationsrisiko hoch bleibt, ist es den USA nicht gelungen, in laufenden Verhandlungen Fortschritte zu erzielen. Das macht ein ergänzendes europäisches Engagement umso dringlicher.

Der Konflikt um das iranische Atomprogramm ist auch nach zwei Militäroffensiven noch immer ungelöst. Zum ersten Mal seit 20 Jahren hat der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) die iranische Nuklearakte an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) überwiesen, nachdem Iran wiederholt seinen Verpflichtungen gegenüber der Behörde nicht nachgekommen war. Einen solchen Schritt hatte die IAEO zuletzt im Februar 2006 eingeleitet. Damals trugen die Vetomächte den Beschluss gemeinsam. Ihr Vorgehen, das neben Sanktionsdruck auch auf konstruktive Gespräche setzte, führte zu einem Verhandlungsdurchbruch und mündete 2015 in die internationale Atomvereinbarung mit Iran. Heute sind die

Rahmenbedingungen für eine diplomatische Lösung deutlich schlechter. Im Gegensatz zu 2015 befinden sich die USA und Iran im Krieg, der VN-Sicherheitsrat ist in der Frage gespalten, und ein abgestimmter transatlantischer Ansatz ist nicht in Sicht.

Zudem drängen neue sicherheitspolitische Probleme die Nuklearfrage in den Hintergrund, allen voran der Konflikt um die freie Seefahrt in der Straße von Hormus. Dass Hormus die Atomfrage überlagert, ist Ergebnis einer iranischen Sequenzierungsstrategie. Mit der faktischen Blockade der Meerenge hat sich Teheran einen geoökonomischen Hebel geschaffen und das Nukleardossier damit erfolgreich aus der akuten Verhandlungsphase verdrängt. Dabei ist das Proliferationsrisiko auch nach



zwei begonnenen Kriegen noch immer hoch. Innerhalb von acht Monaten haben Israel und die USA die Islamische Republik zweimal militärisch angegriffen. Beide Male gehörte die Zerstörung der Nuklearkapazitäten zu den erklärten Kriegszielen. Im Zwölfstagekrieg vom Juni 2025 wurde vor allem die Anreicherungsinfrastruktur ins Visier genommen. Zudem zielten die Angriffe vom 28. Februar 2026 auf vermutete Einrichtungen der Waffenentwicklung. Die gezielte Tötung des iranischen »Revolutionsführers« Ali Khamenei zog Änderungen an der Staatsspitze nach sich, die auch für die iranische Nukleardoktrin folgenreich waren.

Irans Nuklearkapazitäten nach zwei Kriegen

Der gegenwärtige Stand des iranischen Nuklearprogramms lässt sich nur eingeschränkt und auf Grundlage von Schätzungen beurteilen. Zurzeit ist die IAEA weder in der Lage, den kompletten Bestand an Nuklearmaterial in Iran zu ermitteln, noch die friedliche Nutzung der Kernenergie zuverlässig zu verifizieren. Bereits vor den Kriegen hatte Teheran die Kooperation mit der IAEA deutlich eingeschränkt. Nach Ausbruch des Zwölfstagekrieges im Juni 2025 stellte die Behörde ihre Verifikationsaktivitäten in Iran vorerst ein. Nachdem der iranische Präsident Anfang Juli ein Gesetz unterzeichnet hatte, das die Zusammenarbeit mit der IAEA bis auf weiteres aussetzte, verließen alle noch verbliebenen Inspektoren das Land. Zwar konnte die Behörde bestimmte Inspektionstätigkeiten später wiederaufnehmen, erhält abseits des Kernkraftwerks Buschehr jedoch bis heute keinen Zugang zu weiteren Anlagen.

Laut den letzten Schätzungen der IAEA verfügte Iran vor den israelischen Angriffen vom Juni 2025 über mehr als 9.040 Kilogramm angereichertes Uran in Form von Uranhexafluorid, darunter rund 441 Kilogramm mit einem Anreicherungsgrad von 60 Prozent. Das entspricht etwa zehn signifikanten Mengen für die Herstellung

nuklearer Sprengsätze. Weitere 184 Kilogramm waren auf bis zu 20 Prozent angereichert, ungefähr 6.024 Kilogramm auf bis zu fünf Prozent und um die 2.391 Kilogramm auf bis zu zwei Prozent. Iran ist der einzige Nichtkernwaffenstaat der Welt, der Nuklearmaterial in dieser Größenordnung produziert hat.

Angesichts des rasch wachsenden Programms hatten die E3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) im Herbst 2024 und die USA im Frühjahr 2025 Gespräche mit Teheran aufgenommen. Diese Bemühungen wurden jedoch unterlaufen, als die israelische Regierung am 13. Juni 2025 eine Militäroperation gegen iranische Nuklearstandorte begann. Mit dem erklärten Ziel, die iranischen Nuklearkapazitäten zu dezimieren, nahm Israel sowohl die materielle als auch die personelle Basis des Programms unter Beschuss. Sieben der gegenüber der IAEA deklarierten Anlagen wurden zum Teil erheblich beschädigt. Dazu zählen die oberirdische Pilotanlage zur Brennstoffanreicherung in Natanz (PFEP) mit mehr als 1.700 installierten fortschrittlichen Zentrifugen, das Urananreicherungszentrum in Fordow (FFEP) sowie die Urankonversionsanlage (UCF) in Isfahan samt der am Nukleartechnologiezentrum befindlichen Einrichtung zur Herstellung von Uranmetall. Mindestens 14 Nuklearwissenschaftler wurden gezielt getötet, darunter der frühere Leiter der iranischen Atomenergieorganisation, Fereydoon Abbasi. Die USA beteiligten sich am 22. Juni 2025 mit der Operation Midnight Hammer an der Militäroffensive. Mit schweren bunkerbrechenden Bomben trafen sie dabei unter anderem die unterirdischen Hallen der Anreicherungsanlage Fordow.

Während 2025 die Anreicherungsinfrastruktur im Zentrum stand, richteten sich die Militärschläge von 2026 auch gegen den vorgelagerten Brennstoffkreislauf und gegen Anlagen, die nach israelischen Angaben mit der Waffenentwicklung in Zusammenhang stehen sollen. Unter anderem erlitt die Einrichtung Taleghan 2 im Militärkomplex Parchin sichtbare Schäden, ebenso wie die Yellowcake-

Produktionsanlage in Ardakan. Im Zuge der Kriegshandlungen wurden laut Schätzungen mehr als 20.000 Zentrifugen zerstört oder unbrauchbar gemacht und die Anreicherung an den Standorten Natanz und Fordow vermutlich zum Erliegen gebracht. Dennoch könnte Teheran noch über zahlreiche Zentrifugen verfügen, die zuvor nicht installiert waren. Unter anderem hatte Iran der IAEA noch im November 2024 mitgeteilt, in der Urananreicherungsanlage in Natanz (FEP) 18 Kaskaden mit jeweils bis zu 166 Zentrifugen des Typs IR-4 installieren zu wollen. Auch der Verbleib von mehr als 440 Kilogramm hochangereicherten Urans ist ungeklärt, denn das tief verbunkerte Material konnte nach derzeitigem Kenntnisstand durch die Angriffe nicht oder nicht vollständig zerstört werden.

Gleichzeitig setzt Iran seine Wiederaufbauarbeiten fort. Schon zwischen Dezember 2025 und Februar 2026 verstärkte Teheran die Schutz- und Abschirmmaßnahmen an mehreren Standorten. Taleghan 2 wurde mit einer Betonkonstruktion umschlossen und anschließend teilweise mit Erde überdeckt. Satellitenbilder der im Juni 2025 zerstörten oberirdischen Pilotanlage in Natanz deuteten auf Abdeckungs- und Dacharbeiten über beschädigten Gebäudeteilen hin. Zudem setzte Iran den schon zuvor begonnenen Ausbau des unterirdischen Tunnelkomplexes am Kuh-e Kolang Gaz La fort. Der Bau der 80 bis 100 Meter tief im »Spitzhackenberg« gelegenen Anlage begann etwa 2020/21 und sollte nach iranischen Angaben der Produktion und Montage fortschrittlicher Zentrifugen dienen, als Ersatz für eine 2020 mutmaßlich durch israelische Sabotage beschädigte Zentrifugenmontageeinrichtung in Natanz. Da Iran den Standort gegenüber der IAEA nicht deklariert hat, lassen sich Zweck und möglicher Nutzungsumfang nicht unabhängig überprüfen. Auch die neue Urananreicherungsanlage in Isfahan konnte die Behörde bislang nicht inspizieren. Die Isfahan Fuel Enrichment Plant (IFEP) hatte Teheran zwar am 12. Juni 2025 gemeldet und Zugang zur Anlage in Aussicht gestellt, diesen nach den Angriffen vom 13. Juni 2026 jedoch nicht gewährt.

Durch die beiden Kriege ist die Chance auf baldige und ausreichende Verifikationsmöglichkeiten deutlich geringer geworden. Nach Angaben der Vereinten Nationen hat sich die Lagekenntnis der IAEA seit den gemeinsamen Angriffen der USA und Israels vom 28. Februar 2026 erheblich verschlechtert, da die Behörde den Zustand der deklarierten Nuklearanlagen nicht mehr lückenlos nachvollziehen kann. Der militärische Effekt bleibt gleichwohl begrenzt. US-amerikanische Nachrichtendienste gehen in Einschätzungen vom Mai 2026 davon aus, dass sich die voraussichtliche Zeitspanne, die Iran bis zum Bau einer möglichen Atombombe benötigen würde, seit Sommer 2025 nicht wesentlich verändert hat. Nach den Angriffen vom Juni 2025 hatte die Schätzung bei etwa neun bis zwölf Monaten gelegen. Zwar ist Iran nicht länger im Besitz einer Anreicherungsinfrastruktur industrieller Größenordnung. Teheran hat aber weiterhin das technische Wissen, das Spaltmaterial und aller Voraussicht nach die Zentrifugenkapazität, um das Programm fortsetzen und im Bedarfsfall Kernwaffen produzieren zu können.

Die Nukleardoktrin unter Ali Khamenei

Unter Ali Khamenei wurde Iran zum nuklearen Schwellenstaat und verfügte damit über nahezu alle technischen Fähigkeiten, die zum Bau einer Atombombe erforderlich sind, ohne selbst Kernwaffen zu produzieren. 2003 hatte Teheran sein seit den 1980er Jahren betriebenes waffenrelevantes Programm unter dem Eindruck der US-Militärinterventionen in Afghanistan und im Irak eingestellt und stattdessen das europäische Angebot für Nuklearverhandlungen genutzt. Irans Nukleardoktrin ruhte fortan auf kalkulierter Latenz; das Land baute seine technischen Fähigkeiten aus, ließ die Schwelle zur Bewaffnung aber unüberschritten. Das Programm war zum einen ein Prestigeprojekt mit dem Ziel, Irans technologischen Fortschritt sichtbar zu machen und das internationale Ansehen

zu steigern. Zum anderen sollte es ein Gegengewicht zu israelischen Atomwaffen schaffen und externe Akteure von militärischen Angriffen abhalten. Sicherheitspolitisch blieb die nukleare Option dabei allerdings nachrangig, denn Irans Abschreckung beruhte in erster Linie auf einem regionalen Milizennetzwerk – der selbsterklärten »Achse des Widerstands« – und auf einem umfassenden Arsenal an ballistischen Raketen.

Die Mitgliedschaft im Nichtverbreitungsregime (NPT) und die Zusammenarbeit mit der IAEA dienten Iran als Referenzrahmen, um Legitimation für das eigene Programm zu erzeugen und ein Recht auf Anreicherung zu zivilen Zwecken beanspruchen zu können. Diese rechtliche Bindung erforderte den Verzicht auf Ambiguität. Eben jene zu vermeiden war lange Kern der iranischen Nukleardoktrin. Im Zentrum stand dabei die »nukleare Fatwa«, ein islamisches Rechtsgutachten, mit dem Atomwaffen für religiös unzulässig erklärt werden sollten. Teheran machte sie 2003 geltend, als die Führung in Sa'dabad erstmals mit den E3 verhandelte. Iran beteuerte, die Nukleartechnologie ausschließlich für zivile Zwecke zu benötigen. Als Nachweis beriefen sich iranische Amtsträger regelmäßig auf Khameneis Fatwa. Diese lag jedoch nie als förmliches Rechtsgutachten vor. Das hat vor allem außerhalb Irans Zweifel an seiner Existenz genährt. Als schriftlicher Beleg diente Khameneis 2010 verkündete Botschaft an die Internationale Konferenz über nukleare Abrüstung, in der er Massenvernichtungswaffen einschließlich Atombomben für religiös unzulässig erklärte.

Ob das als Rechtsgutachten gelten kann, blieb umstritten, war aber nachrangig, da das Konzept der Fatwa spätestens seit 2005 den zentralen Referenzpunkt des iranischen Nukleardiskurses bildete. Nach außen sollte die Fatwa den Verdacht eines verdeckten Militärprogramms entkräften und den eigenen Unterhändlern Glaubwürdigkeit verschaffen. Nach innen sandte Khamenei mit ihr eine deutliche Botschaft an die iranischen Eliten, dass das Thema nicht offen diskutiert werden sollte. Die Fatwa zu

relativieren oder in Frage zu stellen galt lange Zeit als Tabu.

Das zeigte sich unter anderem im Februar 2021, als Geheimdienstminister Mahmoud Alavi im Staatsfernsehen einen möglichen Kurswechsel andeutete. Alavi wiederholte zwar das gängige Credo, dass Iran nicht nach Nuklearwaffen strebe. Gleichzeitig bezichtigte er aber externe Akteure, Iran genau in diese Richtung zu drängen. Dafür wurde er nicht nur von konservativen Medien scharf kritisiert, sondern selbst vom als pragmatisch geltenden Präsidenten Rohani gerügt. Hatte diese verhaltene Aussage 2021 noch zu einem Skandal geführt, änderte sich der Diskurs ab Oktober 2023 grundlegend. Infolge des Überfalls der Hamas auf Israel verlor die Achse des Widerstands erheblich an Abschreckungswert. Die Schwächung von Hisbollah und Hamas im Zuge des Gaza-Kriegs und gegenseitige Drohnen- und Raketenangriffe zwischen Iran und Israel 2024 offenbarten, dass die verbliebene Abschreckung die Lücke nicht schließen konnte. Vor diesem Hintergrund diskutierten iranische Medien, Amtsträger und Fachleute öffentlich die Aussicht auf eine Revision der Nukleardoktrin.

Ahmad Haghtalab, ein hochrangiges Mitglied der paramilitärischen Revolutionsgarden, warnte im April 2024, dass Iran seine Nukleardoktrin ändern könne. Wenig später sprach auch Khameneis außenpolitischer Berater Kamal Kharrazi offen davon, dass Iran im Falle einer ernsthaften Bedrohung zu einem Kurswechsel »gezwungen« wäre. Neben Andeutungen einzelner Entscheidungsträger gab es auch parlamentarische Initiativen. Im Oktober 2024 forderten 39 Abgeordnete die Spitzen der drei Gewalten und den Obersten Nationalen Sicherheitsrat auf, die Verteidigungsdoktrin zu überprüfen. Knapp ein Jahr später wurde berichtet, dass 70 Abgeordnete und damit ein Viertel des iranischen Parlaments das Anliegen unterstützen würden, die Herstellung und Vorhaltung von Kernwaffen anzustreben.

Kamran Ghazanfari, Mitglied des parlamentarischen Ausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik, einer der

Unterzeichner des Schreibens, begründete die Forderung nach einer atomaren Abschreckungsfähigkeit mit wiederholten Drohungen von Seiten der USA und Israels. Falls das Leben der iranischen Bevölkerung oder die Existenz der Islamischen Republik durch nukleare Bedrohung gefährdet seien, müsse Iran über die Fähigkeit verfügen, Nuklearwaffen einzusetzen oder rasch herzustellen.

Dabei hielten die Parlamentarier an der Fatwa fest, sahen in ihr jedoch lediglich ein Verbot des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen, kein Ausschlusskriterium für den Bau derartiger Waffen im Verteidigungsfall. Vermehrt forderten iranische Amtsträger und Teile des sicherheitspolitischen Apparats eine »aktive nukleare Abschreckung« und damit die Fähigkeit, einsatzfähige Waffen binnen Tagen zusammenzubauen. Eine derart offene Debatte wäre ohne Billigung von Ali Khamenei nicht möglich gewesen. Sie bedeutete faktisch eine Aushöhlung der Fatwa, denn unter diesen Umständen ließen sich Kernwaffen nicht länger als prinzipiell religiös unzulässig darstellen. Damit hat die Fatwa ihre Steuerungsfunktion im politischen Diskurs verloren. Auch wenn sie nie Garant für ein rein ziviles Atomprogramm in Iran war und Skeptikern als reines Feigenblatt des Revolutionsführers galt, bildete sie zwei Jahrzehnte den diskursiven Kern der iranischen Nukleardoktrin. Und unter Ali Khamenei verblieb Iran mit Verweis auf dieses Rechtsurteil unterhalb der Schwelle nuklearer Aufrüstung.

Iranische Atomwaffen – vom religiösen Verbot zur glaubhaften Option

Als Ali Khamenei am 28. Februar 2026 durch einen gezielten israelischen Luftangriff getötet wurde, war der Boden für eine Revision der Doktrin längst bereitet. Nach Khameneis Ableben stellte sich die Frage nach dem Fortbestand des Rechtsurteils. Die Schwierigkeit bestand unter anderem darin, dass Khameneis Fatwa qua

seines Amtes nicht nur persönliche Rechtsauskunft war, sondern auch als staatliche Vorgabe fungierte. Doch sein Sohn und Nachfolger Mojtaba Khamenei ließ bewusst offen, wie er zur religiösen Zulässigkeit von Nuklearwaffen steht. Wo Mojtaba Khamenei sich zur Atomfrage äußerte, tat er es nicht in der Sprache des Rechtsgutachtens. In seiner Botschaft zum Tag des Persischen Golfs am 30. April 2026 bezeichnete er die wissenschaftlichen, industriellen und technologischen Kapazitäten des Landes – von der Nano- und Biotechnologie bis zu nuklearen Fähigkeiten – als »nationales Kapital«. Vom friedlichen Charakter des Programms, über Jahrzehnte die stehende Formel iranischer Ansprachen, sprach er hingegen nicht.

Dagegen betonte die Regierung unter Präsident Masoud Pezeshkian weiterhin die zivile Ausrichtung des Programms, das religiöse Verbot und das Recht auf Anreicherung. Auch der Ausschuss für nationale Sicherheit und Außenpolitik berief sich in seiner Erklärung vom 11. Mai 2026 auf den »friedlichen Charakter«, stellte jedoch den Nutzen der Mitgliedschaft im Nichtverbreitungsregime in Frage. Schon vor den Kriegen hatte die Islamische Republik wiederholt gedroht, den NPT zu verlassen, ohne den Schritt zu vollziehen. Noch immer fordern Stimmen aus dem Parlament und dem Sicherheitsapparat offen den Austritt aus dem Nichtverbreitungsvertrag und darüber hinaus eine Anreicherung des Urans auf 90 Prozent und eine ernsthafte Waffenoption. Mohsen Rezaei, Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats, erklärte im August 2026, der US-Angriff auf Iran habe weltweit das Interesse an Kernwaffen verstärkt, vor allem nachdem deutlich geworden sei, dass die Mitgliedschaft im NPT nicht vor US-amerikanischen Angriffen schütze. Schon im Juni 2025 sprach Rezaei von einer neuen Weichenstellung in der iranischen Sicherheitspolitik, die »strategische Geduld« durch »aktive Abschreckung« ersetze.

Im politischen Diskurs findet nukleare Bewaffnung vermehrt Unterstützung. Ahmad Bakhshayesh Ardestani, Mitglied

des parlamentarischen Ausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik, tritt für die Produktion von Kernwaffen ein, da Iran die Kosten eines Konflikts um Atomwaffen bereits getragen habe. Damit sind sowohl jahrzehntelange Sanktionen als auch zwei Kriege gemeint. Andere sehen in den Kriegen zudem eine günstige Gelegenheit. So verabschiedete die streng konservative und systemloyale »Vereinigung der Treuen der Islamischen Revolution« (*Jam'iyat-e Vafā-dārān-e Enqelāb-e Eslāmī*) nach den US-amerikanischen Angriffen vom 22. Juni 2025 eine politische Erklärung mit weitreichenden Forderungen. Sie rief dazu auf, den Krieg als Chance zur maximalen Stärkung der eigenen, auch nuklearen Kapazitäten zu nutzen, da durch die Angriffe die Zustimmung in der Bevölkerung zu solchen Maßnahmen und damit deren Legitimität gestiegen sei. Die Vereinigung verlangte den Austritt Irans aus dem NPT, größtmögliche Urananreicherung und die strafrechtliche Verfolgung von IAEA-Generaldirektor Rafael Grossi.

Seit den Angriffen von 2025 ist die IAEA Hauptzielscheibe inneriranischer Kritik, die zum Teil mit Todesdrohungen gegen Grossi einherging. Teheran setzte die Zusammenarbeit 2025 unter anderem mit der Begründung aus, die IAEA habe die Angriffe auf iranische Anlagen nicht verurteilt und damit ihre Verpflichtung zur Unparteilichkeit verletzt. Iranische Amtsträger verweisen immer wieder darauf, dass iranische Atomanlagen Ziel militärischer Angriffe wurden, obwohl Teheran zuvor mit der IAEA kooperiert, sich an das internationale Atomabkommen von 2015 gehalten und das eigene Programm dem robustesten Verifikationsregime untergeordnet hatte, das je einem NPT-Staat auferlegt wurde.

Die Debatte um einen grundlegenden Wandel der Nukleardoktrin hält jedoch an. Im politischen Diskurs sind auch Stimmen zu vernehmen, die vor einer Revision der iranischen Atompolitik warnen und betonen, dass selbst Kernwaffen Angriffe nicht zuverlässig abschrecken. Derartige Mahnungen werden auch von Hardlinern im Sicherheitsapparat geäußert. So hat sich Mohammad

Reza Naqdi, leitender Berater des Oberbefehlshabers der paramilitärischen Revolutionsgarden, gegen Nuklearwaffen ausgesprochen. Dabei stützt er sich nicht nur auf die Fatwa, sondern führt auch den aus seiner Sicht fehlenden Abschreckungsnutzen ins Feld, denn auch Atomwaffenstaaten würden angegriffen. Andere Entscheidungsträger verweisen auf ihrer Meinung nach bessere Abschreckungsoptionen, etwa das ballistische Raketenprogramm, und messen Irans geographischer Lage größere strategische Bedeutung bei als dem Nuklearprogramm, besonders der Straße von Hormus. Laut Mohsen Rezaei ist die Meerenge »dutzende Male so viel wert wie Atomwaffen«. Am anderen Ende des Spektrums finden sich auch Stimmen, die eine deutliche Einschränkung bisheriger Nuklearaktivitäten befürworten. Die »Reformfront Irans«, ein Dachverband reformorientierter Parteien, machte sich nach dem Zwölfstagekrieg dafür stark, die Urananreicherung freiwillig komplett auszusetzen, wenn auch im Austausch für Sanktionserleichterungen. Damit befindet sie sich allerdings am Rande des politischen Diskurses, in dem mehrheitlich an einem Recht auf Anreicherung festgehalten wird.

In den Verhandlungen ist die Nuklearfrage unterdessen weit nach hinten gerückt, denn Teheran setzt zunächst auf ein Ende des Krieges. Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Ismaeil Baghai, begründete die Vertagung damit, seit 2025 bereits zweimal verhandelt zu haben und dennoch zweimal angegriffen worden zu sein. Voraussetzungen für weiterführende Verhandlungen über Irans Atomprogramm seien daher die Beendigung von Kriegshandlungen an allen Fronten einschließlich des Libanon sowie die Beilegung des Konflikts um die Seeblockade. Im nuklearpolitischen Diskurs dominiert eine Rhetorik nuklearer Abschreckung, technologischer Nichtverhandelbarkeit und höherer Konfrontationsbereitschaft. Zwar ist eine großflächige Rekonstruktion der Anreicherungsinfrastruktur unwahrscheinlich, nicht zuletzt aufgrund der hohen Kosten. Derzeit dürfte Teheran der Raketenproduktion Vorrang

einräumen. Und solange die Straße von Hormus als geökonomisches Druckmittel funktioniert, kann Teheran die Atomfrage zurückstellen. Doch mit dem Aufkommen alternativer Transportrouten wird auch die Meerenge an geopolitischer Bedeutung verlieren. Mit abnehmendem Grenznutzen von Hormus als Abschreckungsmittel steigt der Mehrwert von Atomwaffen im iranischen Sicherheitskalkül.

Empfehlungen für europäische Politik

Mit ihren Militäroffensiven haben die USA und Israel die Anreicherungsanlagen Irans schwer beschädigt und dessen operative Fähigkeiten eingeschränkt. Das Proliferationsproblem haben sie jedoch nicht entschärft. Ob Teheran Kernwaffen produzieren wird, ist auch nach zwei Kriegen keine Frage der technischen Kapazitäten, sondern noch immer eine des politischen Anreizes. Und dieser ist im Zuge der Militäroperationen gestiegen. Aus iranischer Sicht ist das schlimmste Szenario bereits eingetreten. Anlagen wurden militärisch angegriffen, Teheran wird umfangreich sanktioniert, und die Nuklearakte liegt erneut beim VN-Sicherheitsrat. Zugleich ist das Risiko gesunken, dass externe Akteure waffenrelevante Aktivitäten entdecken könnten. Die IAEA hat keine ausreichenden Einblicke mehr in das Programm, und der israelische Sicherheitsapparat dürfte im Zuge der Eskalation zahlreiche geheimdienstliche Kapazitäten ausgeschöpft haben. Nicht zuletzt benötigt die Führung angesichts des Bestandes an hoch angereichertem Uran keine große und umfangreiche Zentrifugeninfrastruktur mehr zur weiteren Verarbeitung. Kleinere Anlagen wären von außen schwerer aufzuspüren und könnten länger unentdeckt bleiben.

Zudem hat der Schwellenstatus seine Abschreckungswirkung verfehlt. Nukleare Latenz hat Iran nicht vor militärischen Angriffen schützen können, sondern die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation sogar erhöht. Iran dürfte stattdessen nur noch auf zwei Optionen setzen: die Beschränkung

des Atomprogramms im Austausch für weitreichende Sanktionserleichterungen oder eine atomare Bewaffnung. Damit ist zwar noch keine strategische Abkehr von der Nukleardoktrin besiegelt. Ihre schrittweise erfolgende Erosion zeigt sich aber bereits im Wandel der iranischen Atompolitik, die nicht länger auf kalkulierte Latenz, sondern auf kalkulierte Ambiguität setzt.

Für Deutschland und seine europäischen Partner folgt daraus, dass Diplomatie stärker bei der politischen Weichenstellung der iranischen Nukleardoktrin ansetzen muss als bei den technischen Kapazitäten Irans. Militäroffensiven haben die Proliferationsgefahr nicht eingedämmt. Vielmehr hat jede Eskalationsstufe in Teheran die Argumentation für eine Bewaffnung untermauert. Die E3 sollte daher politischen Lösungen Vorrang einräumen und Iran zusichern, militärische Kampfhandlungen nicht nur abzulehnen, sondern auch öffentlich zu verurteilen.

Ebenso gilt es, Teherans Verbleib im Nichtverbreitungsvertrag und eine intensivere Zusammenarbeit mit der IAEA zu sichern. Dieser Ansatz ist nur dann tragfähig, wenn er mit einem Angebot unterlegt wird, das Iran eine Anreicherung unter Auflagen und deutlicher Beschränkung ermöglicht und Sanktionserleichterungen gegen technische Zugeständnisse bietet. Dabei besitzen die Europäer eigene, von den USA unabhängige Hebel. Die EU und Großbritannien haben eigenständig Sanktionen verhängt, deren Lockerung einen Verhandlungsanreiz darstellen kann. Unter anderem umfassen diese Maßnahmen eine weitgehende Abkopplung vom europäischen Finanzkommunikationssystem SWIFT für gelistete Individuen und Organisationen sowie Einschränkungen im Petroleumsektor, die die wirtschaftlichen Interessen der Islamischen Republik unmittelbar berühren. Dagegen sollten EU-Sanktionen, die im Zusammenhang mit Irans schweren Menschenrechtsverletzungen stehen, wie schon in früheren Nuklearverhandlungen von jeglicher Lockerung ausgenommen sein.

Neben wirtschaftlichen Mitteln besitzen die Europäer die notwendige technische



Dieses Werk ist lizenziert
unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auf-
fassung der Autorin wieder.

In der Online-Version dieser
Publikation sind Verweise
auf SWP-Schriften und
wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern
einem Begutachtungsverfahren,
einem Faktencheck und
einem Lektorat unterzogen.
Weitere Informationen
zur Qualitätssicherung der
SWP finden Sie auf der SWP-
Website unter [https://www.
swp-berlin.org/ueber-uns/
qualitaetssicherung/](https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/)

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6364
ISSN (Online) 2747-5018
DOI: 10.18449/2026A54

Expertise und diplomatische Erfahrung im
Zusammenhang mit Irans Atomprogramm,
um Nukleargespräche substantiell unter-
stützen zu können. Dies ist vor allem aus
zwei Gründen von Bedeutung. Zum einen
hat die Trump-Administration kaum ent-
sprechend ausgebildetes Personal für Ver-
handlungen abgestellt. Zum anderen treten
regionale Akteure wie Katar oder Oman
zwar in vermittelnder Rolle auf, verfügen
jedoch über keine vergleichbaren techni-
schen Kompetenzen.

Die Europäer sollten nicht erst das Ende
aller Kampfhandlungen abwarten. Derzeit
liegt der Fokus von Gesprächen zwischen
Iran und den USA auf einem Waffenstill-
stand, der freien Seefahrt durch die Straße
von Hormus und ersten Sanktionserleichte-
rungen. Eine frühere Einigung in diesen
Fragen zwischen Iran und den USA, das
Memorandum of Understanding vom Juni
2026, hielt keine drei Wochen. Doch selbst
wenn in den laufenden Gesprächen ein
Durchbruch gelänge, stünde eine Lösung
für den Atomkonflikt noch aus.

Die Gefahr, dass Iran Nuklearwaffen
produziert, ist gestiegen. Ob das Land diesen
Schritt vollzieht oder sich auf weitreichen-
de technische Beschränkungen einlassen
wird, hängt auch von den Rahmenbedin-
gungen für mögliche Verhandlungen und
von glaubhaften Angeboten ab. Die offene
Debatte in Teheran bietet den Europäern
noch immer die Gelegenheit, auf das poli-
tische Kalkül der politischen Führung ein-
zuwirken und regional vermittelte Nuklear-
gespräche zwischen den USA und Iran mit
der eigenen diplomatischen Erfahrung und
technischen Expertise zu stützen. Ein eigen-
ständiges und glaubhaftes europäisches
Engagement kann dazu beitragen, die Posi-
tion von Stimmen in Iran zu stärken, die
einem Nuklearwaffenprogramm kritisch
gegenüberstehen, und damit den Anreiz für
die Herstellung iranischer Atombomben
vermindern.

Dr. Azadeh Zamirirad leitet die Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten.